

Große Anfrage

der Abgeordneten Kittelmann, Frau Geiger, Dr. Pohlmeier, Dr. Stercken, Lummer, Börnsen (Bönstrup), Bühler (Bruchsal), Fuchtel, Dr. Grünewald, Harries, Haungs, Hauser (Esslingen), Hedrich, Freiherr Heereman von Zuydtwyck, Herkenrath, Hinsken, Dr. Hoffacker, Frau Hoffmann (Soltau), Dr. Jobst, Kalisch, Dr.-Ing. Kansy, Kroll-Schlüter, Dr. Kronenberg, Lenzer, Frau Limbach, Lowack, Magin, Marschewski, Rossmanith, Schemken, von Schmude, Dr. Schroeder (Freiburg), Schulze (Berlin), Seesing, Dr. Stark (Nürtingen), Dr. Uelhoff, Frau Verhülsdonk, Weiß (Kaiserslautern), Werner (Ulm), Wilz, Frau Dr. Wisniewski, Zierer und der Fraktion der CDU/CSU

sowie der Abgeordneten Dr. Feldmann, Beckmann, Bredehorn, Frau Folz-Steinacker, Gries, Grünbeck, Frau Dr. Hamm-Brücher, Dr. Haussmann, Heinrich, Hoppe, Dr. Hoyer, Irmer, Nolting, Ronneburger, Frau Dr. Segall, Frau Dr. Seiler-Albring, Zywietz, Wolfgramm (Göttingen) und der Fraktion der FDP

Politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Lage im Mittelmeer-Raum

Friede, Sicherheit und Stabilität der Bundesrepublik Deutschland sowie ihrer europäischen und atlantischen Verbündeten hängen maßgeblich von der politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Lage im Mittelmeer-Raum ab.

Aus der allgemein steigenden internationalen Mitverantwortung der Bundesrepublik Deutschland erwächst die Forderung, dem Mittelmeer-Raum noch stärker als in der Vergangenheit erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und mit politischen Initiativen tätig zu werden. Das ist gerechtfertigt und notwendig, weil

- die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte zugenommen haben,
- eine Reihe von Ländern von gefährlichen inneren Spannungen bedroht sind und
- eine Reihe von Konflikten in der arabischen Welt im Süden des Mittelmeer-Raums die europäische Sicherheit direkt bedrohen.

Es liegt daher im wohlverstandenen Interesse der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Bündnispartner bzw. der Europäischen Gemeinschaft (EG),

- mittels sachgerecht dimensionierter politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hilfe die Zusammenarbeit der südli-

chen NATO-, WEU- und EG-Staaten und die Verteidigungsfähigkeit des gesamten Bündnisses zu festigen und durch

- politische, wirtschaftliche und entwicklungspolitische Maßnahmen zur Stabilisierung des Mittelmeer-Raums beizutragen.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

A. Allgemeine politische Fragen

1. Welchen nationalen bzw. gemeinschaftlichen Interessen und Zielsetzungen dient die Politik der Bundesregierung im Mittelmeer-Raum, die sie gemeinsam mit den Verbündeten in der Europäischen Gemeinschaft (EG), der NATO und der WEU verantwortet?
2. Wie hat sich die Süderweiterung der EG insgesamt auf die Gemeinschaftspolitik ausgewirkt und welche Auswirkungen haben die Aufnahme Griechenlands, Spaniens und Portugals bisher speziell auf die multilateralen und bilateralen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland gehabt?
3. Hat die Süderweiterung die nicht der EG angehörenden Anrainerstaaten näher an Europa herangeführt oder sie davon entfernt?
4. Welche Beiträge zur Verbesserung der griechisch-türkischen Beziehungen können
 - a) die Bundesrepublik Deutschland,
 - b) die EG und
 - c) der Europaratleisten?
5. Welche deutschen und/oder europäischen Einwirkungsmöglichkeiten sieht die Bundesregierung, um das Zypern-Problem zu lösen?
6. Wie bewertet die Bundesregierung die Brückenfunktion der Türkei zu den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens?
7. Welche Politik hat die Bundesregierung entwickelt, um die Integration der Türkei in Europa zu festigen?
8. Sieht die Bundesregierung Gefahren, daß die Konflikte in der Nah-/Mittelost-Region auf den gesamten Mittelmeer-Raum übergreifen können?
9. Welche deutschen und/oder europäischen Einwirkungsmöglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die in Malta erkennbaren Bemühungen um Zusammenarbeit mit europäischen Nachbarländern zu unterstützen?
10. Wie beurteilt die Bundesregierung Erfolgsaussichten eines regionalen Zusammenschlusses im Maghreb und welche Auswirkungen würde das auf Europa und den Mittelmeer-Raum haben?

11. Welche Möglichkeiten bestehen nach Ansicht der Bundesregierung, auf die Außen- bzw. Militärpolitik Libyens in Bezug auf die Beilegung der Konflikte im Mittelmeer-Raum einzuwirken?
12. Wie kann die Vermittlerrolle Ägyptens innerhalb der arabischen Welt vor dem Hintergrund der Nahost-Konflikte und seines Verhältnisses zu Israel nach Ansicht der Bundesregierung unterstützt werden?
13. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung dem europäisch-arabischen Dialog bei?
14. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zur Beilegung der Libanon-Krise?
15. Sieht die Bundesregierung zusätzliche Möglichkeiten, die historisch bedingten besonderen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel auszubauen?
16. Wie kann die Politik der EG über die Erklärung von Venedig hinaus für eine friedliche Lösung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern sowie seinen arabischen Nachbarn eingesetzt werden?
17. Was haben die EG und die Bundesrepublik Deutschland zur Verbesserung der Lebensbedingungen im West Bank-Gebiet und im Gaza-Streifen geleistet?
18. Welche Perspektiven und Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um autonom bzw. im Rahmen der EG Jugoslawien bei seinen Konsolidierungsmaßnahmen zu unterstützen?
19. Welche Möglichkeiten für eine verstärkte Zusammenarbeit eröffnet u. a. die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Albanien?

B. Wirtschaftliche und soziale Probleme

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die wirtschaftlichen Entwicklungen im Mittelmeer-Raum? Welche wirtschaftlichen Interessen verfolgt sie in dieser Region, und welches Instrumentarium steht ihr hierzu zur Verfügung?
2. Wie kann eine verstärkte Kooperation zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Mittelmeer-Anrainerstaaten insgesamt gewährleistet werden, und wie kann eine verstärkte Kooperation zwischen den einzelnen Mittelmeer-Anrainerstaaten und der EG sichergestellt werden?
3. Welche wirtschaftspolitische Konzeption verfolgt die EG im Hinblick auf den Mittelmeer-Raum? Welche Vorgaben liegen dieser Konzeption zugrunde, und welche Staaten werden in diese Konzeption einbezogen?
4. Welche Schwierigkeiten ergeben sich im Hinblick auf eine engere wirtschaftliche Kooperation zwischen EG und Bundesrepublik Deutschland einerseits sowie den einzelnen Mittelmeer-Anrainerstaaten andererseits?

5. Wie kann der Handelsaustausch mit den einzelnen Mittelmeer-Anrainerstaaten im Hinblick auf eine stärkere räumliche Arbeitsteilung zwischen der EG und der Bundesrepublik Deutschland einerseits sowie den einzelnen Mittelmeer-Anrainerstaaten andererseits in Gang gesetzt werden?
6. Welche Maßnahmen können seitens der EG sowie der Bundesrepublik Deutschland einerseits und den einzelnen Mittelmeer-Anrainerstaaten andererseits eingeleitet werden, um Kapitalzuflüsse in Länder/Regionen mit ungenutzten Wachstumspotentialen zu eröffnen?
7. Wie hat sich die Arbeitsmarktsituation in den einzelnen Mittelmeer-Anrainerstaaten entwickelt? Wie wird sich diese Situation nach Ansicht der Bundesregierung in Zukunft entwickeln, und worin liegen nach Auffassung der Bundesregierung die Gründe für eventuelle Ungleichgewichte?
8. Welche Konzeption liegt den integrierten Mittelmeer-Programmen der EG zugrunde? Welche Erkenntnisse lassen sich aus dem bisherigen Programmablauf gewinnen, und welche Prognosen können gestellt werden?
9. Welche Initiativen können ergriffen werden, um auch anderen, von den integrierten Mittelmeer-Programmen nicht erfaßten Gebieten im Mittelmeer-Raum wirtschaftliche Förderungen zukommen zu lassen?
10. Welche Zielvorgaben für eine künftige Agrarpolitik der EG-Mittelmeer-Länder liegt der EG-Agrarpolitik zugrunde, und welche Zielvorstellungen bringt die Bundesrepublik Deutschland insoweit in die Diskussion ein?
11. Wie beurteilt die Bundesregierung das Investitionsklima in den einzelnen Mittelmeer-Ländern, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Investitionsanreize für deutsche Unternehmen in den einzelnen Mittelmeer-Ländern zu schaffen?
12. Welche Ziele verfolgen die Bundesrepublik Deutschland und die EG im Hinblick auf die Frage, ob und wie die einzelnen Volkswirtschaften der Länder des Mittelmeer-Raums weiter entwickelt werden können, und welche Instrumentarien können die Bundesregierung und die EG hierfür einsetzen?
13. Wie haben sich die Handelsströme zwischen der EG sowie der Bundesrepublik Deutschland einerseits und den Mittelmeer-Anrainerstaaten andererseits seit 1980 entwickelt, und in welchem Ausmaße wurden diese Handelsströme durch die EG-Süderweiterung modifiziert?
14. Welche Bedeutung hat die finanzielle und technische Zusammenarbeit der EG bzw. der Bundesrepublik Deutschland mit den Mittelmeer-Ländern?
15. Wie beurteilt die Bundesregierung die Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland sowie der EG für den Mittelmeer-Raum aus wirtschaftlicher Sicht, und welche wirtschaftlichen

Bedeutungen kommen den einzelnen Mittelmeer-Anrainerstaaten ihrerseits für die Bundesrepublik Deutschland bzw. die EG insgesamt zu?

16. Welche Maßnahmen können Bundesregierung einerseits sowie die EG andererseits ergreifen, um die wirtschaftliche Perspektive Jugoslawiens zu verbessern?
17. Welche Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen EG und Bundesrepublik Deutschland einerseits und einigen Staaten des Mittelmeer-Raumes andererseits hat nach Ansicht der Bundesregierung die Re-Islamisierung und damit einhergehende Radikalisierungen im Nah-/Mittelost-Bereich?

C. Sicherheitspolitische Fragen

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die jeweilige militärpolitische Lage im westlichen und östlichen Teil der Mittelmeerregion?
2. Wie bewertet die Bundesrepublik Deutschland die Bemühungen einiger Balkan-Staaten um regionale Zusammenarbeit oder Zusammenschlüsse bzw. um Errichtung einer kernwaffenfreien Zone auf dem Balkan?
3. Wie beurteilen Bundesregierung und ihre Verbündeten die politischen Interessen der UdSSR im Mittelmeer-Raum?
4. Zu welchen politischen und militärischen Zwecken unterhält die UdSSR ihr Mittelmeer-Geschwader? Welche Erkenntnisse liegen über dessen Nutzung von Häfen, Reeden und sonstigen Einrichtungen im Mittelmeer-Raum vor?
5. Mit welchen Auswirkungen rechnet die Bundesregierung bei einer zunehmenden „Konventionalisierung“ militärischer Strategien auf die NATO-Südflanke?
6. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß grundsätzlich die bilaterale Ausrichtung des Sicherheitsarrangements der Mittelmeer-Staaten der westlichen Allianzen auf die USA erhalten bleiben muß?
7. Welche Initiativen hält die Bundesregierung für notwendig, um die politische „Vielfalt“ von Mitgliedstaaten der westlichen Allianzen im Mittelmeer-Raum mit z.T. unterschiedlichen Sicherheitsvorstellungen und -anliegen (z.B. Spanien) so in Übereinstimmung zu bringen, daß Frieden, Sicherheit und Stabilität garantiert bleiben, und wird sie – parallel hierzu – für eine bessere Kommandostruktur und eine Straffung der Befehlsnetze im Bereich AFSOUTH eintreten?

Bonn, den 20. April 1988

Kittelmann
Frau Geiger
Dr. Pohlmeier
Dr. Stercken
Lummer
Börnsen (Bönstrup)
Bühler (Bruchsal)
Fuchtel
Dr. Grünewald
Harries
Haungs
Hauser (Esslingen)
Hedrich
Freiherr Heereman von Zuydtwyck
Herkenrath
Hinsken
Dr. Hoffacker
Frau Hoffmann (Soltau)
Dr. Jobst
Kalisch
Dr.-Ing. Kansy
Kroll-Schlüter
Dr. Kronenberg
Lenzer
Frau Limbach
Lowack
Magin
Marschewski
Rossmann
Schemken
von Schmude
Dr. Schroeder (Freiburg)
Schulze (Berlin)
Seesing
Dr. Stark (Nürtingen)
Dr. Uelhoff
Frau Verhülsdonk
Weiß (Kaiserslautern)
Werner (Ulm)
Wilz
Frau Dr. Wisniewski
Zierer
Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Dr. Feldmann
Beckmann
Bredehorn
Frau Folz-Steinacker
Gries
Grünbeck
Frau Dr. Hamm-Brücher
Dr. Haussmann
Heinrich
Hoppe
Dr. Hoyer
Irmer
Nolting
Ronneburger
Frau Dr. Segall
Frau Dr. Seiler-Albring
Zywietz
Wolfgramm (Göttingen)
Mischnick und Fraktion

